



CDU

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
DEUTSCHLANDS

- Fraktion im Kreistag Heinsberg -

Newsletter

Kreis Heinsberg



Aktuelle Kreispolitik 2016

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,

anlässlich der großen Sommerferien und dem Urlaub wollen wir die Gelegenheit nutzen und über die weitere bisher in diesem Jahr geleistete Arbeit berichten.

Machbarkeitsstudie Lückenschluss Schienenverbindung Linnich bis Baal bzw. Hückelhoven-Zentrum / Ratheim sowie Verlängerung der RB 33 von Mönchengladbach nach Hückelhoven

Am 10.03.2016 befasste sich eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr des Kreistags Heinsberg und des Ausschusses für Kreis- und Regionalentwicklung des Kreises Düren mit dem Thema Lückenschluss der RB 21 von Linnich bis Baal bzw. Hückelhoven-Zentrum / Ratheim sowie Verlängerung der RB 33 von Mönchengladbach nach Hückelhoven.

Diese Sitzung stellt einen weiteren Schritt zur Realisierung der Bahnanbindung dar. Zentral war dabei die Vorstellung der Machbarkeitsstudie, die in einer Kooperation von BVS – Büro für Verkehrs- und Stadtplanung Rödel & Pachan und der KCW-Berlin, erstellt wurde.

Nach der gutachterlichen Bewertung erscheinen beide Schienenprojekte, RB 21 Lückenschluss Linnich - Baal und Weiterführung RB 33 bis Hückelhoven-Ratheim, durchführungswürdig. Empfohlen wird nach den Ergebnissen der Untersuchung zu den Kosten- und Nutzeneffekten die Realisierung des Lückenschlusses Linnich-Baal in paralleler Lage der beiden Trassen, jedoch ohne trassenseitige Verbindung. Diese sollte nach der Umsetzung in einem späteren Schritt erfolgen. Auch sind nach Einschätzung des Gutachters, bei einer zeitgleichen Umsetzung der Projekte Lückenschluss Linnich - Baal / Hückelhoven und Verlängerung der RB 33, Synergieeffekte bei den Investitionen zu erwarten. Darüber hinaus würde sich durch die Integration der Busverkehre die Verlagerungswirkung erhöhen sowie die Anlaufphase verkürzen.

Bereits am 16.02.2011 hatte die CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg die Prüfung eines derartigen Vorhabens in einem Antrag gefordert, der vom Ausschuss für Umwelt und Verkehr am 12.05.2011 gebilligt wurde. In ihm wurde die gemeinsame Prüfung des Vorhabens mit dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) und dem Kreis Düren gefordert. In seiner Sitzung am 10.03.2016 hat der Fachausschuss im Ergebnis einstimmig beschlossen, dass die Kreise Düren und Heinsberg das Land Nordrhein-Westfalen auffordern, zügig für einen SPNV-Netzschluss zwischen den Kreisen Sorge zu tragen und dass dem Regionalrat und dem NVR beide Projekte als Maßnahmen für den weiteren Bedarf (nach 2025) für den ÖPNV-Bedarfsplan gemeldet werden.

Antrag Klagebeteiligung AKW Belgien:

Nachdem sich der CDU-Kreisverband Heinsberg auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion bereits auf seinem Kreisparteitag am 30.10.2015 eindeutig gegen den Weiterbetrieb des AKW in Tihange ausgesprochen hat,

Vorsitzender: Norbert Reyans · Kleinwehrhagen 14 · 52538 Selfkant
1. stellv. Vors.: Erwin Dahlmanns · Freihof 3 · 52538 Gangelt
2. stellv. Vors.: Harald Schlößer · Am Liesenfeld 9a · 41812 Erkelenz

Geschäftsführer: Martin Kliemt, Lukas Bleilevens · Valkenburger Str. 45 ·
52525 Heinsberg Tel: 02452-131710 · Fax: 02452-131715 · mail: cdu-fraktion@kreis-heinsberg.de
Internet: www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de

hat auch der Kreistag mit breiter Mehrheit in seiner Sitzung am 17.12.2015 eine entsprechende Resolution beschlossen.

Wegen der hohen Bedeutung dieses Themas war und ist die CDU-Kreistagsfraktion jedoch der Auffassung, dass ein weitergehendes Engagement des Kreises Heinsberg über eine bloße Willens- bzw. Interessensbekundungen hinaus vonnöten ist. Eine Auslotung aller möglichen juristischen Schritte bietet hier die erfolgsversprechendste Lösung, die auch unserer Verantwortung gegenüber den in unserer Region lebenden Menschen am ehesten gerecht wird. Die erforderliche Schlagkraft kann dabei nur durch ein gemeinsames Vorgehen erreicht werden. Nachdem die Städteregion Aachen Anfang des Jahres erklärt hatte, in dieser Angelegenheit gerichtliche Schritte einzuleiten, hat die CDU-Fraktion beantragt, dass ein Engagement des Kreises in Form eines ideellen und materiellen Beitrags zu den Klagen der Städteregion Aachen erfolgen sollte. Dieser Antrag wurde in der Kreistagssitzung am 03.03.2016 einstimmig angenommen, wobei die Art und Weise der weiteren materiellen Beteiligung noch geprüft werden sollte. Nach Abschluss der ausführlichen Prüfungen der Verwaltung erschien eine unmittelbare Klagebeteiligung nicht sinnvoll, insbesondere weil im Rahmen der nach belgischem Recht vorzunehmenden Interessenabwägung und der Frage, welche Kommunen nach geografischer Lage am stärksten betroffen sind, ein nicht unerhebliches Prozessrisiko verbleibt. Im Ergebnis hat der Kreistag am 12.05.2016 bei einer Nein-Stimme mit breiter Mehrheit beschlossen, sich an den Kosten des Klageverfahrens mit einem Betrag in Höhe von 3.000,- € zu beteiligen. Diese Vorgehensweise entspricht einem vorab geführten Erörterungs- und Abstimmungsgespräch in der Städteregion.

Im Übrigen hat das Innenministerium des Landes NRW auf Bitten von Landrat Stephan Pusch der Verteilung von Jodtabletten an die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Heinsberg zugestimmt. Die Verteilung soll vorsorglich geschehen, da Experten die Einnahme von Jodtabletten innerhalb weniger Stunden nach Eintreten eines Störfalles mit radioaktiven Freisetzungen empfehlen. Ein großes Kontingent von im Eigentum des Landes NRW stehenden Kaliumjodidtabletten lagert bereits im Kreishaus Heinsberg für einen atomaren Ernstfall. Vor der Verteilung muss allerdings noch abgewartet werden, bis das Land NRW sein Reservekontingent aufgefüllt hat, was voraussichtlich bis Herbst dauern wird, denn die Beschaffung muss europaweit ausgeschrieben werden, berichtete der Landrat in der Kreisausschusssitzung am 21.06.2016.

Zukunft/Struktur des Zweckverbands Region Aachen:

Am 26.02.2016 hat die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbands Region Aachen einen interfraktionellen Antrag „Zukunft der Region Aachen-Zweckverband“ einstimmig, bei einer Enthaltung, angenommen.

Das dem Antrag zugrundeliegende Positionspapier wurde von den Fraktionen in der Zweckverbandsversammlung gemeinsam mit den HVB (Hauptverwaltungsbeamten) der angehörigen Gebietskörperschaften verfasst.

Zentrale Forderung ist auf längere Sicht die Übertragung pflichtiger Aufgaben der Gebietskörperschaften an den Zweckverband, um eine Wahrnehmung der regionalen Aufgaben gewährleisten zu können. Gleichzeitig sollen die bestehenden Arbeitsfelder des Zweckverbandes ausgebaut und gesichert werden.

Dazu wird auch eine Anpassung der Ordnung/Satzung des Zweckverbandes erforderlich sein.

Unter anderem wird angestrebt, den Zweckverband in Zukunft mit einer Stärkung der Bildungs- und Wissensregion, der Zusammenarbeit bei Kultur und Tourismus und der Gesundheitsregion zu betrauen. Außerdem soll über eine Überführung der AVV-Strukturen in den Zweckverband, die Übernahme der Abfallwirtschaft und die Wahrnehmung von Servicebereichen für Bürger und Verwaltung nachgedacht werden.

Insbesondere die Bereiche Abfallwirtschaft und öffentlicher Personennahverkehr stehen für den Kreis Heinsberg und die CDU-Fraktion aktuell nicht zur Disposition. Die Verwaltung hat zu dem Gesamthema eine ausführliche Stellungnahme des Kreises Heinsberg vorbereitet, die derzeit Gegenstand der weiteren Beratungen in den Fraktionen ist. Wir gehen davon aus, dass in einer der nächsten Kreistagssitzungen hierüber eine Beschlussfassung erfolgen wird. Im Ergebnis sollte nach Auffassung der CDU-Fraktion

zentrale Richtschnur bleiben, dass der Kreis nur Dinge tun wird, die für ihn von Vorteil sind. Wir werden hierüber weiter berichten.

Antrag Projekt Ökoprofit Kreis Heinsberg 2016

Bereits im Oktober 2009 fand in Geilenkirchen die Auszeichnungsveranstaltung für das Projekt „Ökoprofit Kreis Heinsberg 2009“ statt, bei der der damalige Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW, Eckhard Uhlenberg, 13 Betrieben und Institutionen aus dem Kreis Heinsberg in einem Festakt die entsprechenden Urkunden überreichte. Der Kreis Heinsberg hat 2009 in Kooperation mit seinen Projektpartnern, namentlich der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg, der Kreissparkasse Heinsberg sowie der Kreishandwerkerschaft Heinsberg, die Ökoprofit-Prüfungen bei den Unternehmen durchgeführt, sowie das Projekt finanziell unterstützt. Ökoprofit wird zudem finanziell durch das Land NRW gefördert.

Das Projekt „Ökoprofit“ steht für eine Hand-In-Hand-Zusammenarbeit von Unternehmen, Kommunen und Experten. Ziel ist die nachhaltige ökonomische und ökologische Stärkung von Unternehmen. Durch ein System aufeinander abgestimmter Maßnahmen wird es den Unternehmen ermöglicht Kosten zu senken und ihre Öko-Effizienz zu steigern. Zentrale Themen sind die Reduktion des Wasser- und Energieverbrauchs sowie die Abfallreduktion und die Erhöhung der Materialeffizienz. Viele Kommunen in NRW haben dieses Projekt bereits mehrfach durchgeführt, da hierdurch nicht nur die Umwelt geschont, sondern auch die Betriebskosten gesenkt werden können. 1.806 Unternehmen aus 155 Projekten setzen bereits ca. 8.000 monetär bewertbare Umweltschutzmaßnahmen um (Stand Februar 2016): Wasser: mehr als 3.3 Mio. m³/Jahr weniger, Restmüll: ca. 46.000 Tonnen /Jahr weniger, Energie: ca. 665 Mio. kWh/Jahr weniger, CO₂: ca. 257.000 Tonnen /Jahr weniger, Investitionen: ca. 216 Mio. Euro, Einsparungen: mehr als 72 Mio. Euro/Jahr

Die Kreistagsfraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass durch eine Neuauflage des Projektes im Kreis Heinsberg ebenfalls Vorteile für alle Teilnehmer verbunden sind und entsprechende Synergieeffekte gezogen werden können. Eine Umsetzung könnte nun besonders sinnvoll sein, nachdem der Ausschuss für Umwelt & Verkehr am 08.09.2015 beschlossen hat, dass für den Kreis Heinsberg ein Energie- und Klimaschutzkonzept erarbeitet werden soll.

Die Kreistagsfraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben daher beantragt, dass die Verwaltung im Rahmen der Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Heinsberg eine Neuauflage des Projektes „Ökoprofit im Kreis Heinsberg“ initiiert und entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen ergreift. Dabei soll ggf. an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Kreissparkasse und die Kreishandwerkerschaft herangetreten werden, um eine Neuauflage des Projekts zu realisieren. Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt & Verkehr am 20.04.2016 einstimmig angenommen.

Antrag E-Mobilität:

Elektro-Mobilität wird für das Image attraktiver Kreise und Städte genauso wichtig sein wie das Glasfasernetz für das schnelle Internet. Nachdem die Breitbandoffensive durch die Deutsche Glasfaser sich bereits in der Umsetzung befindet, muss nun auch das Thema E-Mobilität im Kreis Heinsberg forciert werden, nachdem die Bundesregierung bereits erklärt hatte, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen. Elektrofahrzeuge verringern die Abhängigkeit vom Öl und der Strom aus erneuerbaren Energien macht auch ökologisch Sinn.

Nachdem der Kreis im Bereich regenerative Energien bereits seit einigen Jahren initiativ ist, fehlt es jedoch noch an entsprechender Infrastruktur und einem integrierten Mobilitätskonzept für Elektrofahrzeuge im Kreis Heinsberg. Aus diesem Grunde hat die CDU-Fraktion mit Schreiben vom 27. April 2016 einen Antrag zur Errichtung von E-Tankstellen für Autos im Kreis Heinsberg gestellt.

Konkret soll die Verwaltung prüfen, an welchen hochfrequentierten bzw. touristisch genutzten Standorten im Kreisgebiet entsprechende E-Tankstellen sinnvoll errichtet werden könnten, welche technischen

Voraussetzungen die Elektro-Tankstellen erfüllen sollten (Art der Verbindung, Leistungsfähigkeit der Ladestelle, etc.) und welche Fördermittel zur Errichtung von Elektro-Tankstellen bei EU, Bund und Land generiert werden können. Ferner soll eruiert werden, welche Kooperationspartner zur Errichtung von Elektro-Tankstellen gewonnen werden können.

Der CDU-Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt & Verkehr am 23.06.2016 einstimmig angenommen.

Demografie-Veranstaltung 28.06.2016

Gemeinsam mit dem AK Demografie des CDU-Kreisverbandes Heinsberg führte die CDU-Kreistagsfraktion am 28.06.2016 eine Veranstaltung zum Thema Demografie im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Heinsberg durch.

Als Referent konnte der Beigeordnete Chrit Wolfhagen von der Gemeinde Roerdalen gewonnen werden. In einem kurzweiligen Vortrag stellte Beigeordneter Wolfhagen die Strukturvision der Gemeinde Roerdalen für das Jahr 2030 vor. Ziel dieses Plans ist es, Roerdalen als „lebendige, lebenswerte Gemeinde“ zu erhalten. An der Erstellung dieses Plans ist unter intensiver Einbindung aller Einwohner, Verbände, Organisationen und der Politik gearbeitet worden.

Schwerpunkt des Vortrags war die Bauleitplanung, die in den Niederlanden anders gehandhabt wird, als auf deutscher Seite. Während in Deutschland weiterhin neue zusätzliche Baugebiete erschlossen werden, wird in den Niederlanden, auch bedingt durch den demografischen Wandel, stärker auf die Restrukturierung bestehender bebauter Fläche und einen restriktiven Flächenverbrauch gesetzt. Insbesondere die Eingriffsmöglichkeiten staatlicher Stellen in die Eigentumsrechte von Grundstücksbesitzern riefen Erstaunen bei den Anwesenden hervor.

Anschließend an den Vortrag kam es zu einer intensiven Diskussion, bei der die großen rechtlichen Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden herausgestellt wurden.

Nach dem Dank an den Referenten fasste der Fraktionsvorsitzende Reyans zusammen, dass die Beispiele aus der niederländischen Nachbargemeinde interessante Ansatzpunkte gegebenenfalls auch für die zukünftige Entwicklung im Kreis Heinsberg aufzeigen könnten und dass der Austausch zwischen beiden Seiten intensiviert und ausgebaut werden sollte.

Abschließend bleibt uns noch Ihnen und Ihren Familien eine erholsame Ferienzeit zu wünschen.

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Reyans
Fraktionsvorsitzender



Martin Kliemt
Geschäftsführer



Lukas Bleilevens
Geschäftsführer